

Beschlussprotokoll der Delegiertenversammlung

25. Oktober 2014, 10.15 – ca. 15.45 Uhr, Liestal

Vorsitz: Christian Levrat

Protokoll: Simon Roth, Hannah Locher

Anwesend: 220 Delegierte und 8 Gäste

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen der Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert.

1. Eröffnungsgeschäfte

Grussbotschaft von Regula Nebiker und Daniel Münger, Regierungsratskandidierende der SP Baselland

Wahl der StimmenzählerInnen und StellvertreterInnen

Francois Clement

Beschluss der Delegiertenversammlung:

So wie runtergelesen einstimmig gewählt.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Beschluss der Delegiertenversammlung: Karin Mader und Monika Bolliger werden stillschweigend gewählt.

Tagesordnung/Tischvorlage

Die definitive Traktandenliste enthält folgende Änderungen/Hinweise:

Traktandum 6 R1 und R2 wurden angepasst

Traktandum 7 – Stellungnahme GL

Traktandum 8 – separates Dokument zur Tischvorlage

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die aktualisierte Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

Ordnungsanträge

Ordnungsanträge müssen vor Beginn des Traktandums eingereicht werden.

Wortmeldezettel

Wortmeldezettel müssen vor dem Podium geholt und können nur dort wieder abgegeben werden. Bis zum Ende der Rede von BR Berset können Reden zum Traktandum 5 gemeldet werden, nachher geschlossen.

Protokoll der DV vom 24. März in Malleray

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Protokoll wird mit bestem Dank an die Verfasserinnen Nina Lanzi einstimmig genehmigt.

2. Mitteilungen

Flavia Wasserfallen informiert über den ausserordentlichen Parteitag am 15. Februar in Martigny. Ausserdem gibt sie den Rücktritt von Martin Reichlin aus der Geschäftsleitung bekannt und dankt ihm für seine Arbeit und sein Engagement als Vertreter der Koko in der Geschäftsleitung.

3. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Ständerat FR

Das Referat von Christian Levrat, Präsident der SP Schweiz und Ständerat des Kantons Freiburg, kann auf der Website der SP Schweiz (www.spschweiz.ch) heruntergeladen werden.

4. 18. Oktober 2015 – der Countdown läuft!

5. Rede Bundesrat Alain Berset

Bundesrat Alain Berset spricht über die Entwicklung und den Fortschritt der Schweiz und über die Herausforderung vor denen die Schweiz steht. Wir brauchen eine Politik der sozialen Sicherheit und eine Politik die unsere vielfältige Identität stärkt. Die Schweiz muss den Sozialstaat nicht verteidigen oder retten – dies sei eine zu negative Assoziierung. Der Sozialstaat muss vielmehr zukunftsfähig gemacht werden. BR Alain Berset sieht die gegenwärtigen Angriffe auf die Sozialhilfe als eine Attacke auf die sozial Schwachen aber auch auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Schweiz. Er betont zudem, dass die Schweiz von heute noch lange nicht die beste Schweiz ist. Verdienen doch Frauen 33 Jahr nachdem in der Verfassung der Satz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ verankert wurde noch immer 19-20% weniger Lohn. Die Unternehmen sollen zu regelmässigen Lohngleichheitskontrollen verpflichtet werden – dies ist ein wichtiger und überfälliger Schritt in unserem Land und weitere solche Schritte müssten folgen. Das Unbehagen das am 9 Februar manifestiert wurde, muss man ernst nehmen und die SP muss über unterschiedliche Reformen diskutieren. Mit dem 9. Februar werden unsere Beziehungen zu Europa auf die Probe gestellt, gerade die Schweiz – eine kleine Exportnation – ist auf eine wirtschaftliche Vernetzung angewiesen. Ein Ende der Bilateralen, wie sie eine Annahme von Ecopop bedeuten würde, wäre wirtschaftlich und politisch fatal.

6. Schwerpunkt: Die SP geht in die Agglo!

Matthias Daum (Leiter des Schweizer Büros der „Zeit“) spricht über sein Buch „Daheim“ mit Geschichten aus der Agglomeration.

Rede David Roth zum Agglo-Projekt: Es geht nicht darum, mit einem grossen Wurf die grosse Lösung zu finden. Es geht nicht nur heute um die Agglo. Heute beginnen wir gemeinsam ein Projekt, das nicht diese Woche ein Ende findet. Es ist eines der wichtigsten Themen der SP für die kommenden Monate, denn die Schweiz ist geprägt durch die Agglo. Die Agglo ist ein Phänomen, das gleichermaßen fasziniert wie verwirrt und es ist ein blinder Fleck der Politik. Der Wähleranteil der SP in den Agglo ist frappant tiefer als in den Kernstädten. Die einzige Gemeinsamkeit der Agglos ist, dass jede anders ist. Das Projekt der SP beginnt ab November und wird mit zwanzig bis dreissig Sektionen durchgeführt. Es werden jeweils drei bis vier Massnahmen für die einzelnen Sektionen definiert anhand deren die Sektionen ihre Praktiken verbessern und schulen können. Wer in der Schweiz stark sein will, muss in den Agglos stark sein.

Präsentation der Stellungnahmen der Geschäftsleitung zu den Anträgen zu den Zwillings-Resolutionen

Leyla Gül: Die Resolutionen ergänzen das Agglomerations-Projekt. Die Geschäftsleitung hat anhand der Anträge die auf die Resolutionen eingegangen sind, diese noch einmal überarbeitet. Die aktualisierten Fassungen finden sich in den Tischvorlagen. Die erste Resolution setzt bei der Stärkung der Gemeinsamkeiten der Agglos an. Gefordert ist eine Stärkung der demokratischen Mitbestimmung in diesen Gemeinden. Die zweite Resolution richtet den Fokus auf die Inhalte. Besonders ersichtlich ist der Handlungsbedarf in den Bereichen Raumplanung, Wohn- und Bodenpolitik. In diesen Bereichen strebt die SP einen Ausbau und eine Verbesserung an. Die Vorschläge müssen und können nicht überall eingesetzt werden, sie ergänzen sich aber gegenseitig.

Andreas Burger (SP Zürich): Die Agglos sind der blinde Fleck der schweizerischen Politik, sie werden nur als Verkehrsproblem wahrgenommen und nicht als Raum, den Menschen gestalten wollen und können. Es gibt nicht nur Probleme sondern auch Chancen in der Agglo. Es gibt aber wenig Beteiligung in der Politik und viele Menschen finden keine Bindung zu ihrem Wohnort. Im Vorschlag der GL geht es aber um Strukturen und politische Möglichkeiten aber nicht um die Menschen, die ihren Raum gestalten wollen. Die Resolution wird als ausgesprochen schwach wahrgenommen. Sowohl vom Inhalt wie auch von der Wortwahl. Resolutionen können nicht überarbeitet werden, man kann sie nur annehmen oder ablehnen. Die politische Auseinandersetzung müssen mit den Menschen geführt werden, die wirklich betroffen sind (Parteien in der Agglo). Der zentrale Fokus der Ausformulierung der Agglo-Politik muss bei den betroffenen Menschen liegen. In diesem Sinne wird die Annahme der Resolutionen empfohlen.

Rolf Zimmermann (SP 60+): Das Agglo-Programm wurde von der SP 60+ sehr genau angeschaut. Zuerst möchte der Sprechende sich aber bei Christian Levrat für die ausgezeichnete Rede danken. Es braucht die Auseinandersetzung mit der menschenverachtenden Politik in diesem Land. Rolf Zimmermann findet es aber sonderbar, dass ein politisch derart wichtiges Vorhaben in eine Resolution gepackt wird, die nur angenommen oder abgelehnt werden kann. Eine Diskussion ist so nur teilweise möglich. Die Analyse aber ist wichtig und richtig. Agglopolitik soll aber nicht in einem Büro formuliert werden und dort bleiben, sondern muss mit den betroffenen Menschen vor Ort erarbeitet und durchgesetzt werden. Inhaltlich ist die Resolution schon richtig, die gemeindepolitischen Ansätze waren für die SP immer wichtig. Aber viel wichtiger als die einzelne Sachpolitik ist, dass wir organisationspolitisch vor Ort präsenter sind und diese Politik als Integrationsprojekt nutzen. In der Resolution steht das nicht, auch wenn das von David Roth und

Leyla Gül für das eigentliche Projekt so betont wurde. Wir müssen unbedingt organisationspolitische Aktivierung in den Gemeinden leisten und dazu braucht es Unterstützung der SP Schweiz. Der Sprechende erwartet, dass die Aktivierungspolitik von der GL und dem Zentralsekretariat aktiv unterstützt wird.

Daniel Schüz (SP Küssnacht Zürich): Bis vor kurzen wollte der Sprechende die Resolutionen ablehnen. Einzelne Sätze sind pseudointellektuell. Wenn die SP bei der Wählerschaft Erfolg haben will, muss sie Worte finden, die von der Bevölkerung verstanden werden. Man müsse nicht populistischer sein, sondern populärer werden. Nach der Lektüre des Blicks hat sich der Sprechende zähneknirschend dazu durchgerungen, den Resolutionen zuzustimmen auch wenn er eine Überarbeitung bevorzugt hätte. Damit auch die Leute in der Agglo verstehen, was die SP meint.

Ismail Nadim (SP Basel-Land). Der Sprechende möchte einen Input zur Mobilitätspolitik geben. Eine Erhöhung der Kosten des ÖV wäre eine Geringschätzung des Lebensraums Agglo. Die SP muss einer solchen Erhöhung entschieden entgegenreten. Ganzheitliche Mobilitätspolitik ja; Verteuerung des ÖV nein. Dies sollte in der Resolution besser zur Geltung kommen. Dies wäre eine einfach verständliche Forderung.

Ursula Marti (SP Bern): Die Sprechende bittet die Anwesenden die Resolutionen zu unterstützen. Den einen oder anderen Punkt könnte besser formuliert oder konkretisiert werden. Es braucht ein detailliertes und sorgfältig ausgearbeitetes Programm. Heute muss man aber das GrosseGanze im Blick behalten. Die Agglos haben ein grosses Entwicklungspotential, welches die SP mitgestalten muss, insbesondere beim Service Public und der Lebensqualität.

David Roth: Der Sprechende bedankt sich für die Rückmeldungen und Anregungen. Die Inhalte sind kein Positionspapier, sondern eine Tour d'Horizon. Das Projekt wird nicht heute abgeschlossen. Ein Positionspapier muss mit den Menschen in den Agglo ausgearbeitet werden. Heute befinden wir uns am Start und nicht am Ende. Der Sprechende findet es etwas sonderbar, wenn es nun heisst, die Menschen seien zu wenig einbezogen worden, so auch Andreas Burger, der aber nicht alle Möglichkeiten dazu wahrgenommen hat. Es gibt aber viele Sektionen in der Agglo, die das Projekt unterstützen. Die Anregungen werden aufgenommen und das Projekt wird mit den Menschen in den Agglos umgesetzt.

B. Resolutionen

Resolution der Geschäftsleitung SP Schweiz

R-1 Gemeinsam für lebendige Agglomerationen 1 (NEU)

Resolution der Geschäftsleitung SP Schweiz

R-2 Gemeinsam für lebendige Agglomerationen 2 (NEU)

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme
--

Beschluss der Delegiertenversammlung: Klar angenommen mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen.

7. Parolenfassung für eidg. Abstimmungen am 30. November 2014

I. Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre» (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)

Susanne Leutenegger Oberholzer: Sie weist darauf hin, dass die Pauschalbesteuerung verfassungs- und rechtswidrig ist und die Steuergerechtigkeit verletzt. Diese Verfassungsverletzung hat sich in den letzten Jahren extrem verschärft, die Zahl der AusländerInnen die pauschalbesteuert werden, hat sich in den letzten Jahren verdoppelt. Die Pauschalbesteuerung verschärft die Ungerechtigkeit in diesem Land. Sie ist eine raffinierte Spielform der Steuerhinterziehung. Die Rednerin empfiehlt daher ein JA zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung um dem Missbrauch und der Ungerechtigkeit ein Riegel vorzuschieben.

Ada Marra, Nationalrätin VD: Die SP jagt nicht die Reichen oder handelt weil sie neidisch ist. Die SP kämpft für die Benachteiligten. Die Rednerin möchte hervorheben, dass mit dieser Abstimmung eine Möglichkeit besteht, das Steuer herumzureissen. Sie erinnert an die Kantone wie beispielsweise Waadt, wo die Abschaffung einen schweren Stand hat, in denen daher ein positives Resultat schwierig werden könnte. In diesen Kantonen müsse noch intensiver und mit mehr Elan Arbeit geleistet werden.

Stellungnahme an die Geschäftsleitung: Dem Parteitag wird die **JA-Parole** für die Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)» empfohlen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die JA Parole zur Initiative wird von der Delegiertenversammlung einstimmig beschlossen

II. Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (Ecopop-Initiative)

Silva Semadeni, Nationalrätin Kanton Graubünden: Betont die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit um Umweltstandards, Menschenrechte, etc. umsetzen zu können. Zudem sei unsere Gesellschaft überaltert, daher sind wir angewiesen auf Arbeitskräfte aus dem Ausland. Zudem sind auch Umweltverbände gegen Ecopop, da es nur eine pseudoökologische Initiative ist, die mit falschen Argumenten auftritt. Des Weiteren ist die Ecopop-Initiative isolationistisch, da sie die Anpassung oder Kündigung der bilateralen Verträge fordert. Auch die Abgabe von Verhütungsmitteln senkt die Geburtenrate nicht, da muss mit anderen Ansätzen und Hilfen einen Beitrag zu einer Verbesserung geleistet werden. Daher unterstützt die Rednerin zu 100% die Parole der GL.

Cesla Amarelle, Nationalrätin VD: Möchte noch einmal den einen Punkt der Initiative ansprechen, der fordert, dass 10% der Mittel der Entwicklungshilfe für Familienplanung eingesetzt werden sollen. Frauen haben das freie Recht auf Fortpflanzung und sexuelle Selbstbestimmung, dieses Recht darf nicht erneut beschnitten werden. Die Schweiz verteidigt diese Haltung und natürlich auch die SP Schweiz. Der Kampf gegen Aids, bessere Aufklärung und Mutterschutz sind wichtige Massnahmen in der Entwicklungshilfe und mit einer Festlegung dieser 10% wird gegen diese Massnahmen gearbeitet. Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung der Frauen - und dies auf Kosten der Armen - darf nicht beschnitten werden und muss verteidigt werden. Daher muss die SP eine klare Position gegen diese Initiative einnehmen.

Bea Heim, Nationalrätin SO: Erinnert sich an die harschen Worte gegen Ecopop im Nationalrat, jedoch zeigt die Erfahrung, dass andere Meinungen bei den Wählern vorherrschen können. Der Auftritt der Initiative ist irreführend und versucht sowohl die linken als auch die rechten Wähler anzusprechen. Die Initiative ist fremdenfeindlich und Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit werden verantwortlich gemacht für die klimatischen Veränderungen bei uns. Diese Initiative ist noch diskriminierender und gefährlicher als die Masseneinwanderungsinitiative der SVP. Ecopop ist abschottend und hätte Einfluss auf unsere Wirtschaft und AHV, was zu einer völligen Deregulierung führen würde. Es handelt sich nicht um eine Umweltinitiative sondern eine abschottende Einwanderungsstoppinitiative. Die Sprechende fordert auch die Bürgerlichen und die Wirtschaft auf, sich offen und klar gegen diese Initiative auszusprechen. Eine Mobilisierung gegen diese Initiative ist wichtig.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt aus den dargelegten Gründen der Delegiertenversammlung die **NEIN-Parole** für die Abstimmung über die Ecopop-Initiative.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Initiative wird von der Delegiertenversammlung einstimmig abgelehnt.

III. Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold» (Gold-Initiative)

Beat Jans, Nationalrat BS: Die Goldinitiative ist ein gefährlicher Angriff auf die Währungsstabilität des Schweizerfranken. Es gibt keinen halbwegs vernünftigen ökonomischen Grund dafür. Diese Initiative darf nicht unterschätzt werden, da auf der Seite der Initiativgegner kaum ein Abstimmungswahlkampf betrieben wird. Daher fordert der Redner die Anwesenden auf, sich hier vermehrt zu engagieren und die Initiative anzulehnen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Dem Parteitag wird zur Volksinitiative "Rettet unser Schweizer Gold" die **NEIN-Parole** empfohlen

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Initiative wird von der Delegiertenversammlung einstimmig abgelehnt.

8. Umsetzung BV Art. 121a

Allgemeine Bemerkungen zum Eintreten

Barbara Gysi, Nationalrätin SG:

Wir müssen akzeptieren, dass 50.3% der Wähler den Verfassungsartikel 121a angenommen hat. Es ist wichtig, dass diese Umsetzung noch einmal in der Partei diskutiert wird. Denn wir wollen die Umsetzung jetzt nicht nur denjenigen überlassen, die unser Land abschotten wollen. Vorschläge sind zielführend, wenn sie das innere Potential stärken. Die Initiative der SVP ist widersprüchlich und unsorgfältig formuliert. Die SP fordert mit diesem Papier einen Lösungsvorschlag über innenpolitische Massnahmen ohne Kontingente und Inländervorrang. Unsere Vorschläge wie der Verfassungsartikel 121a umgesetzt werden soll, haben klare Leitplanken. Es soll eine EU kompatible Umsetzung ohne die Gefährdung der bilateralen Verträge sein. Auf das Unbehagen der BürgerInnen, die die Öffnung und die Globalisierung immer skeptischer betrachten, reagiert die SP mit wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Massnahmen, die pro Kopf mehr Wohlstand und mehr Lebensqualität bringen sollen. Dieser Schritt soll nicht durch Kontingente sondern durch innere längst fällige Reformen erfolgen. Das vorliegende Papier bringt keine neuen Positionen sondern bündelt unsere Vorschläge aus früheren Debatten.

Stéphane Montangero (SP Waadt): Der Redner gibt eine allgemeine Stellungnahme zu den verschiedenen Abänderungsanträgen. Fast alle Vorschläge der SP Waadt wurden von der GL gutgeheissen. Man muss an der Debatte lebendig und stark teilnehmen aber sich bewusst sein, dass die SP nicht die Speerspitze bei der Umsetzung dieser von ihr verabscheuten Initiativen ist. Die Alltagswirklichkeit der Menschen muss verändert werden und dass muss schnell angegangen werden. Antrag 18 verlangt eine allgemeine Ausdehnung der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, diese Schritte muss durchgeführt werden und viele weitere müssen folgen. Der Artikel 24 muss gestrichen werden. Auch der Antrag 3.2.2.2 soll gegen den Willen der GL angenommen werden.

Fabian Molina (JUSO): Für den Sprechenden ist es eine Aufgabe für eine Partei, sich Gedanken zum Artikel 121a und zu dessen Umsetzung zu machen. Es ist aber auch Aufgabe einer Partei wie der SP sich zum Bruch in der Politik, wie am 9.2. geschehen, grundsätzliche Gedanken zu machen. Es ist offensichtlich, dass uns die Menschen bei Migrationsfragen nicht mehr vertrauen. Wir dürfen nicht länger im Spielfeld der SVP spielen. Wir haben noch viel Denkarbeit zu leisten. Migration ist Symptom eines neoliberalen Kapitalismus und von kriegerischen Auseinandersetzungen. Wir stehen hier in der Verantwortung. Wir müssen international gegen die Ausbeutung und gegen Krieg kämpfen. Wir müssen Migration sozialdemokratisch einordnen. Migration ist nichts positives, denn kaum jemand verlässt sein Heimatland freiwillig. Wir müssen Migration bekämpfen aber wir müssen auch die Rechte der Migranten hier vor Ort verteidigen. Wenn wir hier ansetzen, dann sind wir längerfristig wieder glaubwürdig. Für den vorliegenden Vorschlag empfiehlt der Sprechende das Eintreten und bittet die Delegierten den Antrag der JUSO zu unterstützen.

Jean-Claude Rennwald (SP Jura): Die SP hat die gleiche Stossrichtung wie die Gewerkschaften. Der Sprechende begrüsst dies. Aber jedes Jahr neue flankierende Massnahmen einzufordern, reicht

nicht aus. Insbesondere muss die Umsetzung der bereits bestehenden Massnahmen eingefordert werden. Zu diesem Thema kann es keine Gesetzeslösung geben. Der Sprechende glaubt nicht daran, dass man alle Beteiligten unter ein Dach bringen kann. Die einzige Lösung ist eine Wiederholung der Volksabstimmung. Die Bestimmung sollte nicht allzu sehr ins Detail gehen. Innert angemessener Frist soll der Beitritt der Schweiz in die EU befördert werden. Zu Details: Der Sprechende staunte nicht schlecht, dass die SP eine Besteuerung der Migranten fordert. Er findet dies sehr bedenklich.

Susanne Leutenegger Oberholzer (SP BL): Der 9.2. ist eine wirtschafts- und aussenpolitische Zäsur in der Schweiz. Es gab eine breite Diskussion, ob sich die SP überhaupt in eine Diskussion über den Verfassungsartikel einlassen soll. Die Sprechende ist der Meinung, dass die SP sich nicht von dieser Debatte verabschieden kann. Die SP muss zeigen, wie die Debatte geführt wird. Auch hinter dem Bundesrat kann man sich nicht verstecken, da sich dieser bis jetzt für eine wortgetreue Umsetzung einsetzt. Die SP ist die Partei, die sich seit Jahrzehnten für eine europäische Integration der Schweiz einsetzt und sie muss dies in Zukunft noch verstärkt tun. Auch weil die EU ein friedenspolitisches Projekt ist. Zentral ist auch der wirtschaftspolitische Teil. Wir sind zentraler verbunden mit der EU als manche Mitgliedsländer. Faktisch befinden wir uns bereits im Euro-Raum mit der Mindestgrenze für den Franken. Es ist klar, dass die Umsetzung dieses unseligen Verfassungsartikel mit den sozialdemokratischen Grundsätzen vereinbar sein muss. Menschenunwürdige Vorschläge müssen wir notfalls auch mit einem Referendum bekämpfen. Auch die Rückkehr zu Kontingenten ist unhaltbar. Es gibt einen grossen Spielraum bei der Umsetzung, diese werden im Vorschlag der GL aufgezeigt. Die Sprechende ist froh, wenn die Delegierten auf das Papier eintreten. Die bürgerlichen Parteien haben es in der Hand, ob sie bei der Umsetzung mit der SP auf innenpolitische und flankierende Massnahmen einlassen will, oder ob sie mit der SVP eine menschenfeindliche Politik betreiben will.

Fabio Canevascini (SP Tessin): Der Sprechende wird auf Deutsch sprechen, damit die Botschaft auch ankommt. Dass die Tessiner am 9.2. zugestimmt haben, ist bedauerlich. Im Tessin war die SP die einzige Partei, die sich klar gegen diese Initiative wehrte. 70% der Tessiner haben aus Protest für diese Initiative gestimmt, dies wegen vielen ungelösten Themen wie der Grenzgänger und der Verkehrskollaps aber auch die Lohnproblematik. Im Umsetzungspapier fehlt ein Abschnitt, der sich mit diesen Themen befasst. Im Umsetzungskonzept fehlen Massnahmen für den Kanton Tessin. Die Südschweiz erwartet auch von der SP konkrete Antworten. Das Umsetzungskonzept befasst sich aber zu wenig mit der Thematik der Grenzgänger. Der Sprechende wird sich deshalb voraussichtlich enthalten.

A-1: Antrag Roger Schmutz, SP Bezirk Affoltern: Verständliche Zusammenfassung

Es geht nicht um die Formulierung oder um Inhalte. Wenn die GL im Anschluss an die Debatte eine Zusammenfassung schreiben will, ist der Sprechende einverstanden. Für eine lustvolle Debatte ist dieser Text sehr weit weg von den Menschen. Es fehlt ein roter Faden oder überhaupt eine Begründung für den Zweck dieses Papiers. Der Antrag ist eine allgemeine Aufforderung für sämtliche Texte: diese sollen von jedermann verstanden werden. Nur so ist eine politische Debatte überhaupt möglich. Nur in einer einfachen Sprache kann man den Menschen sagen, weshalb ihre Ängste unbegründet sind.

Barbara Gysi: Die Sprechende bedankt sich für die Eintretensvoten. Der GL war bewusst, dass einzelne Punkte diskutiert werden. Sie ist aber froh, dass man diese Diskussion führen will und mit den Grundzügen grundsätzlich einverstanden ist. Bei den flankierenden Massnahmen gilt es, die Politik in die Pflicht zu nehmen. Es ist natürlich ein Anliegen der GL, die Texte so zu schreiben, dass

sie auch verständlich sind. Deshalb wird es im Anschluss an die Debatte auch eine gut verständliche Zusammenfassung geben.

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

A-1: Modifizierte Annahme

Begründung: Die Zusammenfassung wird nach der Behandlung und Verabschiedung erstellt und veröffentlicht. Dieses Vorgehen ist sinnvoll, da zuerst die Anträge bereinigt werden müssen.

Roger Schmutz ist einverstanden mit der modifizierten Annahme.

Anträge zum Titel

A-2 SP Kanton St. Gallen: Titel

Antrag: Neuer Titel

A-3 SP Waadt: Titel

Antrag: Neue Formulierung Titel

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

A-2: modifizierte Annahme

Neuer Titel wie Antrag SP Waadt: Art. 121a Vorschläge der SP für die Umsetzungsdebatte.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die DV nimmt die Modifizierte Annahme der GL an.

A-3: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die DV ist einverstanden mit dem Vorschlag A-3

Vorbemerkung

A-4 SP Waadt

Antrag: Neue Formulierung der Vorbemerkung

Tim Guénod, SP Basel-Stadt:

Dankt den Waadtländer GenossInnen, für diesen Antrag, der für viele die Vorlage erst annehmbar gemacht hat. Die SP Basel-Stadt findet es richtig, dass man jetzt nach vorne schauen soll und sich nicht nachträglich über den 9. Februar enerviert.

Eric Nussbaumer, Nationalrat Basel-Stadt

Die Initiative hat zerstörerische Wirkungen auf die Beziehungen zur EU. Es wurde bereits in Malerey beschlossen was uns wichtig ist: Mitbestimmung in Europa, keine Abschottung und Reformen für eine sozialere Schweiz.

Der Sprechende bedankt sich bei der SP Waadt für ihre Klarstellung, dass eine Umsetzung der Initiative mit sozialdemokratischen Prinzipien nicht vereinbar ist. Er findet die revidierte Vorbemerkung durch den Kanton Waadt in Ordnung und kann dem Antrag jetzt zustimmen, obwohl er der Meinung ist, dass die SP sich durch dieses Papier verrenkt.

A-5 SP Genf, Michael Zimmermann

Antrag: Für eine Ergänzung nach dem letzten Abschnitt der Vorbemerkungen

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

A-4: modifizierte Annahme

Begründung: Ein Grossteil des Antrags (im Text unterstrichen) wurde in die Vorbemerkungen aufgenommen, andere Abschnitte der ursprünglichen Fassung gestrichen. Die GL erachtet es jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr als opportun, Schuldige für das Resultat vom 9. Februar auszumachen, sondern vielmehr nach vorne zu schauen und wie im Antrag der SP Waadt festgehalten, den Fokus darauf zu legen, dass die Umsetzung von Art. 121a die Position der Arbeitnehmenden und die guten und wichtigen Beziehungen mit Europa nicht gefährden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Annahme der modifizierten Vorbemerkung

A-5: Annahme

NEU:

Vorbemerkung

Die SP hatte sich vor 22 Jahren als Partei der europäischen Integration positioniert. Realistisch und zukunftsweisend zugleich. Diese strategische Option muss und wird die SP jetzt weiterverfolgen. Mit mehr Elan und Überzeugungskraft als in den letzten 20 Jahren. Das wird auch die Richtschnur sein bei der Umsetzung des neuen Artikel 121a der Bundesverfassung.

Am 9. Februar 2014 hat eine knappe Mehrheit der Stimmenden die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. In Ergänzung zur Resolution der Delegiertenversammlung vom 29. März 2014 erinnert die SP Schweiz an folgende Punkte:

- Die SP hat die Volksinitiative der SVP mit dem Titel «gegen Masseneinwanderung» vehement bekämpft. Die SP Schweiz wurde dabei von ihren Anhängern und ihrer Wählerschaft breit unterstützt, wie die verschiedenen Analysen nach der Abstimmung gezeigt haben.

- Umgekehrt haben die Rechte und die Wirtschaftskreise ihre Aufgaben nicht gemacht. Sie haben ihre Kräfte darauf konzentriert, die Initiativen der Linken (1:12 und Mindestlohn) zu bekämpfen und dabei die Risiken der Initiative vom 9. Februar unterschätzt.

- Die SP kritisiert die Unredlichkeit der SVP, die vor der Abstimmung behauptete, die bilateralen Verträge erhalten zu wollen, und die jetzt sagt, man könne darauf verzichten um ihre Initiative umzusetzen. Wie von der SP vorhergesagt, bedroht die Annahme der Initiative die Weiterführung der bilateralen Verträge massiv, die für unsere Wirtschaft und unsere Entwicklung wichtig sind. Die Initiative wurde also vom Volk auf der Grundlage einer unverhohlenen Lüge der SVP angenommen.

- In der Befürchtung, dass die Initiative angenommen werden könnte, warnte die SP die Rechte, dass die Früchte der Bilateralen gerechter verteilt werden müssten. Die SP schlägt schon seit Langem

klassische flankierende Massnahmen vor, um ein Dumping auf dem Arbeits- und dem Wohnmarkt zu verhindern. Die SP hat weitere Massnahmen zur Weiterbildung, zur Unterstützung der Grundbildung, zur besseren Integration von Arbeitnehmenden, die kurz vor der Pension stehen, und andere mehr vorgeschlagen, um die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben zu erleichtern. Wenn diese Massnahmen vor der Abstimmung ergriffen worden wären, wäre der Ausgang mit grosser Wahrscheinlichkeit anders gewesen. Heute, nach der Abstimmung, sind solche Massnahmen noch wichtiger, um auf die Ängste der Bevölkerung zu reagieren.

Die SP ist der Ansicht, dass die Schweiz für eine gute soziale, ökonomische und ökologische Entwicklung unseres Landes enge und gut geregelte Beziehungen mit der Europäischen Union unterhalten muss. Die Schweiz muss einen nachhaltigen Zugang zum europäischen Markt und zu den zahlreichen europäischen Politiken haben, zum Beispiel im Bereich der Bildung und der Sicherheit, wo sie bereits beteiligt ist.

Deshalb wird die SP an der Debatte mit allen anderen interessierten Kräften teilnehmen, um Handlungswege zu finden, mit denen die zerstörerische Wirkung von Artikel 121a auf die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU neutralisiert werden kann. Die SP formuliert in diesem Papier Vorschläge für die Umsetzungsdebatte zu Art 121a BV. Diese Vorschläge betreffen in erster Linie innenpolitische Reformen, namentlich bei der Bildung, der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben und dem Arbeitsschutz. Zweifellos aber wird es mittelfristig einen neuen Gang an die Urnen brauchen.

An der grundlegenden Position gegenüber der EU hält die SP fest. Sie ist nach wie vor überzeugt, dass eine Mehrheit der Stimmberechtigten wie die SP der Meinung ist, dass gute Beziehungen zur EU eminent wichtig sind für die Schweiz und dass diese deshalb so rasch als möglich wieder auf ein stabiles Fundament gestellt werden müssen. Gleichzeitig macht die SP jedoch klar, dass sie es nicht akzeptieren könnte, wenn die Schweiz ein Abkommen mit der EU abschliessen würde, das die flankierenden Massnahmen und ihre Verstärkung in Frage stellt.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Annahme der Ergänzung

3. Vorschläge zur Umsetzung von Art. 121a BV

A-6 SP Waadt, neuer Titel Kapitel 3:

Antrag: Neuer Titel

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

A-6: Modifizierte Annahme

Vorschlag für die Umsetzungsdebatte von BV Art. 121a

Beschluss der Delegiertenversammlung: Stimmen zu

3.2 Umsetzungsvorschläge der SP

A-7 SP Waadt Neuer Titel 3.2

Antrag: Neuer Titel Kapitel 3.2

A-8 SP Waadt, Umbenennung von Rahmenbedingung 1 bis 4

Antrag: Umbenennung in Ziele 1 bis 4

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

Wird zur Annahme empfohlen

A-7: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: nicht bestritten

A-8: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: nicht bestritten

Rahmenbedingungen 2: Steuerung im gesamtwirtschaftlichen Interesse

A-9 SP 60+

Antrag: Streichung von "produktivitätsorientiert"

A-10 SP Waadt

Antrag: Umbenennung Titel

A-11 SP Kanton St. Gallen

Antrag: Streichung der ersten beiden Sätze des Abschnittes:

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

A-9: Annahme (siehe auch Antrag A-11 SP SG)

Beschluss der Delegiertenversammlung: nicht bestritten und wird angenommen

A-10: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: nicht bestritten und wird angenommen

A-11: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: nicht bestritten und wird angenommen

Rahmenbedingung 3: Ausschöpfung des Potentials im Inland

A-12 SP Waadt

Antrag: Umbenennung Titel

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

A-12: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: nicht bestritten.

Rahmenbedingung 4: Personen ohne festen Aufenthaltsstatus regularisieren

A-13 SP Neuenburg

Antrag: Erweiterung Titel

Silvia Locatelli, Präsidentin der SP Kanton Neuenburg, begründet den Antrag 1-14 und gleichzeitige Ablehnung der Fassung der GL.

Barbara Gysi: Die Begründung für den Auftrag von Neuenburg ist verständlich, jedoch betont die GL, dass sie kein weiteres Saisonierstatut wollen. Die L Bewilligungen sind dies jedoch auch nicht und diese sind ganz klar im Personenfreizügigkeitsabkommen ausgehandelt. Bittet um Ablehnung des Antrages, weil in der Vorlage genügend klar formuliert ist, dass keine weiteren Saisoniers gewollt sind.

A-14 SP Neuenburg

Antrag: Erweiterung Abschnitt

Stellungnahme der Geschäftsleitung:**A-13 und A-14: Ablehnen**

Begründung: Die Personenfreizügigkeit funktioniert nach dem Prinzip, dass die Aufenthaltsbewilligung dem Arbeitsvertrag entspricht. Dieses Prinzip ist für das Funktionieren und die Akzeptanz des FZA fundamental und wird von der SP nicht in Frage gestellt. Anders als frühere Saisoniers sind heutige KurzaufenthalterInnen unter dem Geltungsbereich des FZA nicht von einem einzelnen Arbeitgeber abhängig; sie können in der gleichen Branche oder in einer anderen jedwelche Arbeit annehmen und erhalten bei Vorlegen eines unbefristeten Vertrages entsprechend auch eine Jahresaufenthaltsbewilligung.

Ausserhalb des Geltungsbereiches des FZA werden L-Bewilligungen – abgesehen von Cabaret-Tänzerinnen – in der Regel nur an hochqualifizierte FachspezialistInnen (IT etc.) abgegeben. Die Geltungsdauer ist in der Regel 12 Monate und kann bis 24 Monate verlängert werden. In diesem Bereich gibt es keine neuen Saisoniers.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Antrag von Neuenburg wurde von der Delegiertenversammlung mit 62 zu 79 Stimmen abgelehnt.

3.2.2 Die Umsetzungsvorschläge konkret

A-15 SP Waadt

Antrag: Umformulierung Titel: 3.2.2.

Stellungnahme der Geschäftsleitung:**A-15: Annahme**

Beschluss der Delegiertenversammlung: Nicht bestritten

3.2.2.1 Autonome Innenpolitische Sofortmassnahmen

A-16 SP Waadt

Antrag: Umformulierung Titel

Stellungnahme der Geschäftsleitung:**A-16: Modifizierte Annahme**

NEU: 3.2.2.1 Innenpolitische Vorschläge der SP

Begründung: Die GL schlägt eine Kombination zwischen diesem Antrag und der ursprünglichen Formulierung vor, damit das innenpolitische Gehalt dieser Massnahmen ersichtlich bleibt.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Nicht bestritten

3.2.2.1.a Bildungsoffensive insbesondere für MINT-SpezialistInnen und Gesundheitsfachpersonal starten

A-17 SP Waadt, 3.2.2.1.

Antrag: Streichung und Umformulierung

Antrag wurde zurückgezogen.

3.2.2.1.b Existenzsichernde Löhne und sozialpolitische Massnahmen für Working Poor Haushalte

A-18 SP Waadt

Antrag: Umformulierung Titel und Abschnitt.

A-19 SP Neuenburg

Antrag: Ergänzung und Umformulierung.

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

A-18: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Nicht bestritten

A-19: modifizierte Annahme

Begründung: Die GL schlägt vor die Ergänzung zur Temporär-Arbeit aufzunehmen, für den Titel jedoch die Formulierung aus dem Antrag A-18 der SP Waadt zu übernehmen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Nicht bestritten

3.2.2.1.c Nachhaltige Steuer- und Standortpolitik ohne falsche Anreize

A-20 SP Neuenburg, Punkt Sondergesellschaften

Antrag: Ergänzung am Ende des Abschnittes von Sonderstatusgesellschaften

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

A-20: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Nicht bestritten

3.2.2.1.d Das Potential der Frauen und der älteren Arbeitnehmenden besser nutzen

A-21 SP 60+

Antrag: Erweiterung (unterstrichen)

Carlo Lepori, SP 60+:

Möchte, dass in dieser Massnahme über die bessere Ausnutzung der Potentiale von Frauen und älteren Menschen klarer Stellung genommen wird. Der Sprechende fordert Arbeit bis zum 70. Altersjahr, dies hat nichts mit dem Rentenalter zu tun. Bis zu diesem Alter sollen Arbeitnehmende über 50, die unfreiwillig aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, Anrecht auf eine Entschädigung, welche die Fortführung der gewohnten Lebensweise erlaubt, haben. Eine Art erweiterte Arbeitslosenversicherung, finanziert durch Unternehmen, welche unterdurchschnittliche Beschäftigungsquoten älterer Arbeitnehmer aufweisen. Mit den vorgeschlagenen Fonds werden jene zur Kasse gebeten die auch die Kosten verursachen, eine Idee die verfolgt werden muss wenn wir der Überzeugung sind, dass ältere Menschen länger arbeitsfähig sein sollen.

Barbara Gysi:

Sieht dies als falsches Signal, wenn wir in Papier schreiben, dass das Recht auf Arbeit bis 70 gefordert wird. Wenn dies in Papier geschrieben ist, wird automatisch ein Zusammenhang zu Rentenalter gesehen, auch wenn dem nicht so ist. Gefahr das Forderungen nach einem höheren Rentenalter durch diese Aussagen dann sogar unterstützt werden. Wir wollen dies gerne in Wahlplattform aufnehmen, jedoch nicht hier in der Vorlage.

A-22 SP Neuenburg

Antrag: Ergänzung von d mit Jungen

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

A-21: Ablehnung

Begründung: Im Rahmen dieses Positionsbezugs der SP zur Umsetzung von Art. 121a BV sollen die laufenden Arbeiten zur Altersvorsorge 2020 nicht behandelt werden. Es kommt hinzu, dass mit einem Recht auf Arbeit bis zum 70. Altersjahr jenen bürgerlichen Kräften in die Hände gearbeitet wird, die das Rentenalter erhöhen möchten.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung lehnt den Antrag Mehrheitlich ab.

A-22: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: wird Angenommen, es gibt keine Differenzen

3.2.2.1. e Landwirtschaft: Höhere Löhne und mehr Qualität

3.2.2.1.f Tourismus: Tiefere Beschaffungskosten und Qualifizierungsoffensive

A-23 SP Waadt

Antrag: e und f streichen und neue Abschnitte einfügen

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

A-23: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Annahme, da keine Differenzen

3.2.2.2. Mit der EU zu verhandelnde Massnahmen

g. Zweckgebundene Arbeitgeber-Abgabe für einen Integrationsfonds

A-24 SP Neuenburg

Antrag: Ergänzung von Buchstabe g

Silvia Locatelli zieht den Antrag A-24 zurück.

Antrag wird zurückgezogen

A-25 SP Waadt, Juso und SP Kanton St. Gallen

Antrag: 3.2.2.2.g streichen der „Zweckgebundenen Arbeitgeber-Abgabe für einen Integrationsfonds“ sowie Streichung letzter Abschnitt der Schlussfolgerung

Müriel Wäger:

An welchem Zeitpunkt ist die SPS für eine Bezahlung bei der Einreise in die Schweiz. Die Idee einer Herkunftsbesteuerung ist eine unsägliche Sache. Wir sind eine Schweiz für alle. Die JUSO Schweiz bittet die Anwesenden, ihren Antrag zu unterstützen.

Mario Carera (GL): Im Namen der GL bittet der Sprechende, den Vorschlag zu unterstützen. Die Migration von hunderttausenden ergeben Probleme auf verschiedener Ebene, insbesondere zur Integration der Menschen. Man kann die Menschen nicht einfach als Manöveriermasse importiert werden. Wir brauchen Geld für einen wahren Integrationsfonds. Dabei sollen auch die Firmen ihren Beitrag leisten, diese müssen zu ihrer Verantwortung als Unternehmer stehen. Dieser Fonds würde tripartit gesteuert durch Unternehmen, Gewerkschaften und dem Bund. Ein solcher wäre ein gutes und wichtiges Instrument. Damit könnte BR Sommaruga Projekte umsetzen. Es gäbe einen Fonds für die Integration, dessen Finanzierung gesichert ist.

Claudia Friedl (Nationalrätin, SG): Die Analyse der GL wird geteilt. Die Wirtschaft profitiert massiv von der Migration ohne sich dabei in genügendem Masse finanziell für die Integration einzusetzen. Die Sprechende unterstützt die Integration in ihren verschiedenen Facetten. Weshalb es aber einseitig für Ausländerinnen und Ausländer einen Fonds braucht, wird nicht verstanden. Denn die Projekte, die damit finanziert werden sollten, braucht es für alle Erwerbstätigen in der Schweiz. So aber werden AusländerInnen in erster Linie als Kostenfaktor verstanden. Integrationsmassnahmen braucht es, damit sich die Menschen, die hierher kommen, wohlfühlen. Die Unternehmen müssen ihre Verantwortung wahrnehmen. Diese müssen anständige Steuern bezahlen, damit Massnahmen ergriffen werden können. Aber eine Abgabe auf Arbeitsplätze von AusländerInnen ist der falsche Weg. Unterstützt wird man auf diesem Weg nur von den fremdenfeindlichen Kräften. Integrationsmassnahmen müssen aus den Steuern der Unternehmen bezahlt werden. Deshalb soll dieser Artikel vollständig gestrichen werden.

Susanne Leutenegger Oberholzer: Die Sprechende steht hinter den Vorschlägen der GL. Dieser Vorschlag steht bereits im Integrationspapier. Die Abgabe hat eine Lenkungswirkung. Die Finanzierung eines Fonds ist eine Notlösung, um die Wirtschaft in die Verantwortung zu nehmen. Daher soll die Massnahme im Papier belassen werden.

Cesla Amarelle (VD): Die Abgabe wird von der SP Waadt aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Diese Abgabe wäre eine Abwürgung des Wirtschaftswachstums. Die Abgabe würde überwälzt auf die Löhne. Der Parteitag von Lugano hat diese Abgabe nicht bereits abgesegnet, sondern verlangt, dass man gegen die Elitenmigration vorgeht. Mit diesem Vorschlag wird die Universalität der Sozialhilfe aufgekündigt. Gefordert ist eine Ausländerabgabe. Diese Forderung ist unhaltbar. Im Namen der SP Waadt bittet die Sprechende, den Antrag abzulehnen.

Sarah Wyss: Die SP setzt sich mit dieser Forderung auf das Pferd der SVP und vergoldet diese mit einem Integrationsfonds. Wir sind auf ausländisches Fachpersonal angewiesen, weil wir selber zu wenige davon ausbilden. Statt den Fachkräftemangel zu beheben, wollen wir die Ausländerinnen gar noch besteuern. Schlussendlich wird diese Abgabe auf die Bevölkerung abgewälzt, dass sieht man

beispielsweise im Gesundheitsbereich. Die Bevölkerung würde diese Abgabe über ihre Kopfprämien bezahlen. Diese Forderung ist nicht sozialdemokratisch.

Jacqueline Badran: Die Sprechende beantragt, den gesamten Artikel zu streichen. Es ist eine Steuer für Menschen, die zu mobilem Humankapital degradiert wurden und erinnert an den Importzoll für französischen Käse. Ökonomisch gesehen ist es eine Verteuerung des Faktors Arbeit, dies führt schlussendlich zu einem Lohndumping. Bekämpfen muss die SP das Gefälle bei den Löhnen in Europa.

Barbara Gysi: Die Auslegung der Vorsprechenden war teilweise etwas böseartig. Es ist keine Steuer auf die Zuwanderung. Gefordert wird ein Integrationsfonds der von Unternehmen gespiesen wird. Eine Variante die nur Branchen belasten will, die Zugewanderte beschäftigen, ist weg. Die zweite Variante will aber alle Unternehmen miteinbeziehen. Die Sprechende versteht nicht, weshalb man es ablehnt, dass die Wirtschaft ihren Beitrag für einen Integrationsfonds leisten soll. Alle sind sich einig, dass sich die Wirtschaft beteiligen soll. Wer dies über Steuern erreichen will, geht in naiver Weise davon aus, dass dies über eine Verfassungsänderung möglich sein soll. Gerade auch im Gesundheitswesen hat man es verschlafen, dass man für die Langzeitpflege auch genügend Menschen ausbilden muss. Man soll die Wirtschaft in die Pflicht nehmen.

Christian Levrat: Das Wesentliche darf nicht aus den Augen verloren gehen. Dieses Papier ist eine rote Linie für die kommenden Monate. Bei den meisten Punkten ist man sich hier erstaunlich einig. Es gibt einen Konsens in drei Punkten: Wir akzeptieren keine Kontingente, wir wollen eine Umsetzung innerhalb der Personenfreizügigkeit, wir wollen, dass die Wirtschaft einen stärkeren Beitrag zur Integration leisten soll. Die Hoffnung, die Steuer zu erhöhen tendiert gegen Null. Daher muss man dies über einen Fonds erreichen, der von der Gesamtwirtschaft geleistet werden soll.

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

A-24: Ablehnung

Begründung: Die im Papier aufgeführten Umsetzungsforderungen beschränken sich klar auf solche Massnahmen, die einen direkten Einfluss auf die Zuwanderung haben. Nicht speziell erwähnt wurden all jene flankierenden Massnahmen bzw. inneren Reformen, die für eine Steigerung der Lebensqualität für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz notwendig sind (Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, Infrastruktur etc.). Es versteht sich von selbst, dass die SP nach wie vor solche flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit verlangt.

A-24 wurde zurückgezogen

A-25: Modifizierte Annahme

Begründung: Gerade weil es bei der Zuwanderung um Menschen geht, erachtet die GL eine finanzielle Beteiligung an der Integration aller zugewanderten Personen als wichtig und richtig. Diese Abgabe soll den Unternehmen in Erinnerung rufen, dass mit der Zuwanderung nicht anonyme Arbeitskräfte ins Land kommen, sondern Menschen.

Wie weitere Abklärungen ergeben haben, wären aus Sicht der EU die Finanzierungsvarianten 1 und 2 kompatibel mit der Personenfreizügigkeit, nicht jedoch das dritte Modell. Die GL schlägt deshalb vor, sich in dem Papier auf die ersten beiden Finanzierungsvarianten zu beschränken – auch im Sinne der vorgebrachten Kritik von Juso sowie SP Waadt und SP Kanton St. Gallen.

NEU:

Durch die Zuwanderung fallen der Allgemeinheit nebst einem nicht zu unterschätzenden Nutzen auch Kosten für die Integration an – und für die Integration der ausländischen Arbeitskräfte stehen viel zu wenig Mittel zur Verfügung. Darum soll von der Wirtschaft ein Fonds geüffnet werden, damit endlich die finanziellen Mittel vorhanden sind, um die berufliche und sprachliche Integration von ausländischen Arbeitskräften zu ermöglichen. Heute profitieren die Unternehmen einseitig vom Nutzen und überlassen die Integrationsarbeit der Öffentlichkeit. Diese Kosten der Allgemeinheit sollen aber internalisiert und von den Unternehmen getragen werden. Ein ähnlicher Vorstoss ist von NR Marina Carobbio gezielt für die Grenzregion Tessin 2013 eingereicht worden (13.3446 Ein Bildungsfonds für Gebiete mit erhöhtem Lohndumping-Risiko). Ebenfalls vorgeschlagen wird eine solche Abgabe von Avenir Suisse als Teil ihres Umsetzungskonzepts.

Die Grundidee lautet wie folgt: Eine zweckgebundene Abgabe, die die ArbeitgeberInnen zu entrichten haben, wird einem Integrationsfonds zugewiesen. Der Fonds dient der Deckung von Integrationskosten und wird ausschliesslich zu Gunsten von ausländischen Arbeitskräften und deren Familien verwendet, so insbesondere für die sprachliche und berufliche Integration der Zuwandernden, den Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur (HSK), die familienergänzende Familienbetreuung, zur Förderung der Berufstätigkeit der Eltern, zur Deckung von sozialen Härtefällen.

Zur konkreten Finanzierung sind verschiedene Modelle denkbar:

- Die Abgabe wird unabhängig von Branche und Anteil der zugewanderten ausländischen Mitarbeitenden von allen Unternehmen getragen. So würde die Wirtschaft solidarisch die bisher von der Allgemeinheit getragenen Kosten der Integration übernehmen und so ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen.

- Die Abgabe erfolgt nach Branchenzugehörigkeit: Je nach Abhängigkeit von zugewanderten ausländischen Arbeitskräften berechnet sich der Beitrag eines Unternehmens in den Integrationsfonds. Somit würde eine Branche gemeinsam die Verantwortung dafür tragen, dass beispielsweise die Aus- und Weiterbildung vernachlässigt worden ist.

Die Streichung von 3.2.2.2.g wurde von der Delegiertenversammlung mit grossem Mehr beschlossen.

Das Papier wurde in der Schlussabstimmung mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung unterstützt.

9. Jahresrechnung 2013

Leyla Gül: Die Jahresrechnung schliesst mit einem kleinen Defizit ab, insgesamt ist es aber nahezu eine Punktlandung. Die Mehrausgaben konnten mit Minderaufwendungen bei anderen Budgetposten kompensiert werden. Die Geschäftsleitung empfiehlt den Delegierten einstimmig die Genehmigung der Jahresrechnung.

Die Jahresrechnung wird einstimmig genehmigt.

Das Budget wird bei Karin verdankt.

10. Beitrag Denknetz

Beat Ringger: Der Sprechende stellt das neue Buch von Denknetz vor und weist auf das 10jährige Jubiläum hin.

11. Wahl Mitglieder GPK und Genehmigung Reglement

Die Mitglieder der GPK wurden von der DV gewählt und das Reglement wurde genehmigt.

12. Resolutionen und Wahlen

A. Resolutionen

Resolution von Beat Jans, NR BS und Jacques-André Maire, NR NE R-3 Für eine zukunftsfähige, ressourcenschonende Landwirtschaft

Beat Jans:

Erläutert kurz die Geschichte zu dieser Resolution, welche in Maleray nicht verabschiedet wurde (u.a. aus zeitlichen Gründen)

Die Resolution wurde in der Fachkommission Landwirtschaft ausgearbeitet.

Betont eine wichtige Aussage: dies soll nicht als Kritik gegen die Landwirte verstanden werden. Sondern das gemeinnützige Leistungen der Landwirtschaft entschädigt werden. Die Agrarpolitik 2014 im Parlament war gut und ging in die richtige Richtung, es gilt nicht die Verfassung umzuschreiben sondern die Beschlüsse umzusetzen um die LandwirtInnen zu unterstützen. Diese haben das Recht auf Planungssicherheit und sollen nicht wieder eine Agrarreform über sich ergehen lassen müssen. Die GL wird Initiative des Bauernverbandes nicht unterstützen.

Dankt für Unterstützung der Resolution.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wurde von der DV mit einer Enthaltung angenommen.

Resolution der Geschäftsleitung**R-4 La Suisse existe! Sprachgrenzen sollen zu Sprachbrücken werden**

Matthias Aebischer:

Die Diskussion ist in aller Munde seit Beschlüssen zur Verbannung des Französisch auf der Primarstufe. Für die französischen und italienischen Schulen ist klar, dass eine zweite Landessprache gelernt wird. Ab dem 3. Schuljahr wird Deutsch gelernt. Es ist unvermeidbar, dass dies umgekehrt auch in Deutschschweiz der Fall ist. Hier ist der nationale Zusammenhalt wichtig und nötig um Respekt vor anderen Kulturen und Sprachen auszudrücken.

Nenad Stojanovic:

Sektion Tessin stimmt dieser Resolution zu.

1. wenn Kantone sich nicht zusammenraufen soll Bund notwendige Bestimmungen erlassen um darauf einzuwirken. Der Redner fände es notwendig, dass es eine Volksabstimmung durch ein Referendum gibt, man sollte nicht aus Angst eine solche umgehen.

2. Schätzte die Worte von Aebischer, hätte sich aber ein solches Engagement bereits vor 3 Jahren gewünscht, als viele Kantone anfangen, das Italienisch aus der Sekundarstufe als fakultatives Fach zu streichen. Es geht um die Symbolik und die Identität des Landes. Es braucht ein Zeichen, dass hier eine Bewegung in eine beunruhigende Richtung geht.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung stimmt dieser Resolution mit zwei Enthaltungen zu.

Resolution der Geschäftsleitung**R-5 Unsere Verantwortung für die Tragödie in Syrien und Irak wahrnehmen**

Martin Pfister:

Ziel dieser Resolution ist die Unterstützung von Staaten die ethisch und religiös neutral sind und in denen Menschenrechte und die Pluralität der Ethnien geachtet wird. Klar ist, dass die Schweiz nicht Profiteurin in solchen Kriegsregionen wird. Dies ist eine Resolution für mehr Politik und weniger Fanatismus.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Resolution wurde einstimmig angenommen

B. Wahl Co-Präsidium Fachkommission Landwirtschaft

Flavia Wasserfallen möchte in Absprache mit Beat Jans den Vorschlag eines Co-Präsidiums vorbringen.

Von der Geschäftsleitung zur Wahl vorgeschlagen: Jacques-André Maire, Nationalrat NE

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die DV wählt einstimmig das Co-Präsidium bestehend aus Jacques-André Maire und Beat Jans.

Andy Tschümperlin möchte einen grossen Dank an die SP Baselland aussprechen, sowie den Dolmetscherinnen, der Technik von Stefan Märcki und seinem Team sowie den Mitarbeitern des Zentralsekretariats.

13. Schluss